

Aus- und Neubau der Rheintalbah: Offenlageverfahren im Planfeststellungsabschnitt 8.2 (Freiburg-Schallstadt) abgeschlossen

Rd. 52.000 Bürger erheben Einwendungen gegen die Bahnplanung im Abschnitt Freiburg-Schallstadt / Jetzt insgesamt über 170.000 Einwendungen gegen alle Ausbaupläne der Bahn

Im Anhörungsverfahren für den Planfeststellungsabschnitt 8.2 von Freiburg bis Schallstadt ist am Donnerstag, den 03.12.2009, die Einwendungsfrist abgelaufen. Neben den betroffenen Städten und Gemeinden Freiburg, March, Umkirch und Schallstadt haben rund 52.0000 Privatpersonen Einwendungen gegen die Pläne der Bahn abgegeben und ihre Forderungen in das Verfahren eingebracht. Viele haben dazu Mustereinwendungen und Textbausteine verwendet und diese auch als Grundlage für ergänzende Darstellungen zu unterschiedlichsten individuellen Betroffenheiten und Auffassungen genutzt. Einige haben noch in der vergangenen Nacht im Briefkasten des Regierungspräsidiums Briefe mit Einwendungen deponiert.

OB Dr. Dieter Salomon und seine Amtskollegen aus den Nachbargemeinden übergeben zusammen mit Vertretern der Bürgerinitiativen die gesammelten Einwendungen am kommenden Montag, den 07.12.2009, 15:30 Uhr im Regierungspräsidium Freiburg, Basler Hof, an Regierungspräsident Julian Würtenberger.

Die Gemeinden haben sich sehr intensiv mit der Planung der Bahn auseinandergesetzt und umfangreiche Stellungnahmen gegen die Bahnplanung abgegeben. Im Unterschied zu vielen anderen Planfeststellungsabschnitten lehnen hier die Gemeinden die beantragte Trasse der Bahn nicht vollständig ab; sie verlangen jedoch spürbare Verbesserungen des Lärmschutzkonzepts der Bahn sowie Optimierungen der Trassenführung. Der Bahn wird vorgeworfen, nur am gesetzlich vorgeschriebenen Limit zu planen und dabei die berechtigten Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger zu missachten. Die Verringerung der in den Ursprungsplänen vorgesehenen Lärmschutzwände aufgrund der Aufnahme des so genannten besonders überwachten Gleises (büG) in die offengelegten Pläne, wird als Affront gegenüber der Region angesehen. Insbesondere auch naturschutzfachliche Fragestellungen spielen in diesem Abschnitt eine besonders bedeutende Rolle, da die Trasse mehrerer sensible Gebiete tangiert.

Beachtlich ist auch die erhebliche Anzahl von Einwendungen aus anderen Planfeststellungsabschnitten als Zeichen der Solidarität der dort tätigen Bürgerinitiativen.

Mit der Offenlage erfolgte auch die Anhörung von rund 60 Behörden und sonstigen fachlich betroffenen Stellen, die sich ebenfalls in umfangreichen Stellungnahmen zu Wort melden.

Das Regierungspräsidium Freiburg wird nun alle vorgetragenen Argumente auswerten. Als nächster Verfahrensschritt steht dann der Erörterungstermin an. Wann er kommt, lässt sich allerdings derzeit wegen der Vielzahl der im Regierungspräsidium zu bearbeitenden Einwendungen und Stellungnahmen noch nicht abschätzen.

Damit sind jetzt alle Offenlageverfahren zum Neu- und Ausbau der Rheintalbahn zunächst abgeschlossen. Insgesamt liegen dem Regierungspräsidium Freiburg zwischenzeitlich über 170.000 Einwendungen gegen die Bahnplanung vor.

Für Rückfragen steht Ihnen der zuständige Referent Dieter Kowohl (0761 208-1089) gerne zur Verfügung.

gez. Joachim Müller-Bremberger

Pressereferent

Joachim Müller-Bremberger
Tel.: 0761 208-1038
Fax: 0761 208-1066
E-Mail: joachim.mueller-bremberger@rpf.bwl.de

Vertreter

Matthias Henrich
Tel.: 0761 208-1039
E-Mail: Matthias.Henrich@rpf.bwl.de